

DER TAGESSPIEGEL



 21.02.2014 16:13 Uhr

Vorschlag der Berliner Piratenpartei

Lizenz zum Schuleschwänzen

von **Sylvia Vogt**

Die Piraten wollen flexible freie Tage für Schüler einführen. An 15 Tagen sollen die Kinder und Jugendlichen ohne Begründung zu Hause bleiben dürfen. Andere Parteien halten das für eine „Schnapsidee“.



Klasse leer. Die Piraten fordern 15 zusätzliche freie Tage für Schüler. - FOTO: DORIS SPIEKERMANN-KLAAS

Drei Wochen mehr Ferien, davon träumen wahrscheinlich viele Schüler. Wenn es nach der Piratenpartei geht, könnte der Traum bald Wirklichkeit werden. Sie wollen, dass allen Schülern 15 frei verfügbare Tage im Jahr zustehen, an denen sie ohne Begründung zu Hause bleiben können. Dafür soll die bisherige Regelung entfallen, nach der Schüler aus wichtigem Grund beurlaubt werden und an bestimmten religiösen Feiertagen zu Hause bleiben können. Einen entsprechenden Antrag brachten die

Piraten am Donnerstag ins Abgeordnetenhaus ein.

„Wir sehen das als Maßnahme gegen Schuldistanz“, sagt der bildungspolitische Sprecher der Piraten, Martin Delius.

Es gehe darum, Schule durch mehr Selbstbestimmung attraktiver zu machen. Zudem diskriminiere die bisherige Regelung viele Schüler, da nur evangelische, katholische, jüdische und moslemische Schüler **an bestimmten Feiertagen ihrer Religion ohne Antrag schulfrei hätten**. Die Piraten erhoffen sich zudem mehr Schutz der Privatsphäre, weil die Familien nicht mehr gezwungen würden, sich religiös oder weltanschaulich zu offenbaren.

Unterstützung kommt von der Linkspartei. „Es wäre eine Vereinfachung. Und man müsste für eine Beurlaubung seine Seele nicht mehr bloßlegen“, sagt Bildungspolitikerin Regina Kittler. Die anderen Parteien reagierten dagegen ablehnend. Von einer „Schnapsidee, die die Schulorganisation nahezu unmöglich macht“, sprach Joschka

Langenbrinck (SPD). Man habe den Eindruck, es solle eine legalisierte Form des Schwänzens eingeführt werden. Auch Grünen-Politikerin Stefanie Remlinger spricht von einem „Angriff auf die Schulpflicht durch die Hintertür“ und Hildegard Bentele (CDU) hält den Vorschlag für „weder praktikabel noch sinnvoll“.

Und was sagen die Lehrer und Schüler? Gunilla Neukirchen von der GEW-Schulleitervereinigung ist gegen eine Regelung, die zu weiterem Unterrichtsausfall führen würde. Und **Schülersprecher Janosch Jassim** findet die Idee zwar interessant, hat aber organisatorische Bedenken: „Dann könnte man ja neun Wochen Sommerferien machen.“ Dennoch wollen die Schüler weiter diskutieren. Die Politiker auch: Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss verwiesen.